Beilage 1.3

spd@stadt.nuernberg.de
www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de
U1, U11 Lorenzkirche
Bus 36, 46, 47 Rathaus
Rathaus
90403 Nürnberg
Tel 0911 / 231-2906
Fax 0911 / 231-3895
SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG

JA/DS
Abdruck
JA/B3-2B
SPL

21.9.07

Referat V
18. SEP. 2007 #1249
an: J #55
z.w.V. - JHA - Vorlage in Abstimmung mit SHA
Stellungnahme
Antw. vor Abs. z.K.
Antw. z. Unterschrift vorl.

K-Maly
Fax
Anträge

Kopie: SHA V ed. 15
u: z.A. V 19.09.

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

JhA

OBERBÜRGERMEISTER
13. SEP. 2007 / Nr. 967

V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
IV SRD	2 z.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen X

Nürnberg, 12. September 2007

m

Jugendamt
Eingegangen
bei J/D
20. SEP. 2007

Kinderarmut – Kinderchancen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die aktuelle Berichterstattung in den Medien verweist auf Beispiele, dass die Kinderarmut in den letzten Jahren zugenommen hat und dass für viele Kinder eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben immer schwieriger bzw. kaum mehr möglich scheint.
Dabei spielt natürlich auch die Einkommenssituation vieler Familien und die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Entwicklung der Löhne und Gehälter eine zentrale Rolle. Dennoch kann es nicht darum gehen, diese Problematik durch weitere Transferleistungen auf kommunaler Ebene lösen zu wollen. Es ist vielmehr entscheidend, konkrete strukturelle Maßnahmen und Strategien in der Stadt zu entwickeln, wo auch freie Träger und in der sozialen Arbeit tätige Gruppierungen eingebunden werden. Nur so können zielgerichtete Angebote für Familien und Kinder umgesetzt und deren Situation damit verbessert werden.
Um ggf. im Rahmen der Haushaltberatungen die erforderlichen Weichenstellungen vornehmen zu können, stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgende

Anfrage:

Die Verwaltung wird um Einschätzung und die Beantwortung folgender Fragen, aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung für das Zusammenleben in der Stadt, gebeten:

1. Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass sich durch die Reformen am Arbeitsmarkt die Lage der Kinder und Jugendlichen verschlechtert hat?
   Müssen die Aussagen im „Armutsbericht" der Stadt Nürnberg daher korrigiert oder modifiziert werden?

2. Wie schätzt die Verwaltung die Situation von Kindern, die eingeschult werden und den Schulkindern speziell in der Grundschule ein?
   Welche Mittel stehen diesen aus dem Grundsicherungssatz für schulische Bedarfe zur Verfügung? Wird dieser Betrag als ausreichend eingeschätzt?
   Welche individuellen Hilfen werden durch die Stadt angeboten?

Stadtratsfraktion Nürnberg
SPD

Wie steht die Verwaltung zu den Vorschlägen und der Praxis in einigen anderen Städten, für die Einschulung einen kommunalen Fonds zu bilden oder Gutscheine für Schulbedarf auszugeben?
Wie müsste dieser ausgestattet sein, um tatsächlich Abhilfe zu schaffen?

3. Trifft es nach Kenntnis der Verwaltung zu, dass zunehmend Kinder nicht mehr an der Gemeinschaftsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen teilnehmen, weil die Beiträge nicht finanziert werden und dass Kinder hungrig, mangelernährt oder ungesund ernährt sind?
Liegen der Verwaltung konkrete Zahlen vor?
Wie geht die Verwaltung mit solchen Problemlagen um (z. B. wirtschaftliche Jugendhilfe, individuelle Hilfen etc.)?
Gibt es hier auch einen Erfahrungsbericht der freien Träger, da uns bekannt ist, dass es erhebliche Ausfälle bei der Kostenerstattung der Mittagsverpflegung gibt?

4. Wie sieht die Verwaltung den Zusammenhang von Essensgewährung in Kindertageseinrichtungen und Schulen, Armut, Gesundheit und Bildungserfolg?
Wie will die Verwaltung die Teilnahme aller Kinder an der Verpflegung zukünftig sicherstellen?
Welche Mittel werden dazu benötigt und welche organisatorischen Voraussetzungen sind dazu erforderlich?

5. Wie kann die Verwaltung sicherstellen, dass Kinder aus armen und benachteiligten Familien einen Platz und damit Bildung, Betreuung und Erziehung in einer Kindertageseinrichtung erhalten?
Wie kann sichergestellt werden, dass eine Teilnahme aller Kinder aufgrund der Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung (keine Gebührenübernahme durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe) an den Gebühren scheitert?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Anja Prölß-Kammerer
stv. Vorsitzende